

## Protokoll 85. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 20. Januar 2016, 17.00 Uhr bis 19.09 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Marcel Bührig (Grüne), Maleica Landolt (GLP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2016/17](#) \* Weisung vom 13.01.2016: VHB  
Hochbaudepartement, Erlass eines Reglements über die  
Anlaufstelle in Bausachen (Helpline), Ausgabenbeschluss,  
Zusatzkredit
3. [2016/8](#) \* Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Marco Denoth (SP) FV  
E vom 06.01.2016:  
Fossil- und atomfreie Anlageentscheide für die Investitionen  
sämtlicher Anlagegefässe der Stadt
4. [2015/242](#) Weisung vom 08.07.2015: VIB  
Verkehrsbetriebe, Tramdepot Elisabethenstrasse, Instand- VHB  
setzung, Objektkredit
5. [2015/384](#) E/A Dringliches Postulat von Ezgi Akyol (AL), Linda Bär (SP) und VS  
2 Mitunterzeichnenden vom 02.12.2015:  
Verbleib der Autonomen Schule Zürich (ASZ) in der Liegen-  
schaft Sihlquai 125 bis zum Ende der Zwischennutzung durch  
die Stadt
8. [2015/355](#) E/A Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Christine Seidler VS  
(SP) vom 11.11.2015:  
Städtische Mütter- und Väterberatung, Erhöhung des Anteils an  
männlichem Personal
9. [2015/356](#) E/A Postulat von Hans Urs von Matt (SP) und Marcel Savarioud (SP) VS  
vom 11.11.2015:  
Ausserfamiliäre Betreuungseinrichtungen, Erhöhung des Anteils  
an männlichem Personal

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 1600. 2016/26

#### Erklärung der SVP-Fraktion vom 20.01.2016:

#### Stellungnahme des Stadtrats zur Durchsetzungsinitiative

Namens der SVP-Fraktion verliest Martin Götzl (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Hohn statt Lösungsstrategien

Wöchentlich, ja täglich, erreichen uns Meldungen zu Straf- und Gewalttaten aus verschiedenen europäischen Ländern. Zunehmend auch aus der Schweiz und häufig von Straftätern ausländischer Herkunft verübt. Dies belegen zahlreiche Statistiken zu Gewaltverbrechen sowie die kantonalen Vollzugsbelegungszahlen deutlich. Die SVP weist seit Jahren auf diese Entwicklung hin. Entsetzt nehmen wir von Vorfällen wie in Paris, in Köln, in Weil am Rhein, in Salzburg und anderen Ortschaften Kenntnis. Auch Zürich wurde von Gewalttaten «neuer Dimension» eingeholt, mit zuspitzenden Tatbeständen in den letzten Wochen. Der Stadtrat – schweigend!

Am 28.02.2016 stimmt das Volk über eine eidgenössische Vorlage ab: die Durchsetzungsinitiative. Diese Abstimmung steht in Bundeskompetenz. Gleichwohl schaltet sich der Gesamtstadtrat von Zürich in den Abstimmungskampf ein. Der Stadtrat von Zürich positioniert sich gegen die Durchsetzungsinitiative. Befremdend und unverständlich ist, dass der Stadtrat zahlreiche sicherheitsrelevante Fragen zu beantworten hat und dies nicht tut. Antworten – Keine. Statements – Keine. Strategie – Keine. Dies ist aufgrund des Schweigens anzunehmen. Opfer und Geschädigte werden mit Hohn übersät.

Stattdessen engagiert sich der Gesamtstadtrat im Abstimmungskampf zur „Ausschaffung krimineller Ausländer“. Dies mit einer Medienmitteilung und auch auf der offiziellen Webseite der Stadt Zürich. Der Stadtrat argumentiert unter anderem mit «Zürich begegnet allen Menschen mit Respekt und pflegt ein gutes Verhältnis mit seinen Nachbarn ». Mit Verlaub, wo bleibt der Respekt gegenüber den Opfern?

Und, geschätzte Damen und Herren, ist es wirklich die Aufgabe des Stadtrates, sich aktiv in einen eidgenössischen Abstimmungskampf einzuschalten. Oder ist es vielmehr die Aufgabe einer Stadtregierung, Antworten und Strategien vorzugeben, wie die aktuellen Herausforderungen der Stadt gelöst werden können?

Zudem hat sowohl der Stadt- wie auch der mehrheitliche Gemeinderat einem zweifelhaften Postulat zugestimmt. Dies gegen den entschiedenen Willen der SVP. Postulat 2015/137 fordert, dass künftig die Nationalität von Straftätern/-innen nicht mehr genannt werden soll. Dies hat die Auswirkung dass man der Bevölkerung mutwillig Informationen vorenthält und damit Informationen unter den Teppich wischt. Dies sorgt bei vielen Bürger/-innen für Empörung und Unverständnis. Diese Nichtnennung kann als «Vertuschung und Zensur» verstanden werden.

Mit diesem intransparenten Vorgehen, in diesen sicherheitsbedenklichen Zeiten, fördern die Zustimmenden der Stadt Zürich einen unterschweligen Extremismus. In Deutschland haben sich bereits illegale Bürgerwehren gebildet, was entschieden zu verurteilen ist.

In mehreren politischen Vorstössen hat die SVP Ihre Bedenken und Ihre Forderungen positioniert. So beispielsweise in den letzten Wochen: 2015/335, 2016/12, 2016/20, 2016/21, und weitere. Es ist offensichtlich, dass sich der Stadtrat hüten wird, die offenen Fragen vor dem 28.02.2016 zu liefern.

Stattdessen heizt der Stadtrat die Sicherheitsbedenken weiterhin an. Asylunterkünfte in dicht besiedelten Gebieten werden realisiert und die Bevölkerung wird kurzfristig vor vollendete Tatsachen gestellt. Kürzlich wurden einige «Schlüsselpersonen aus dem Quartier» zur jeweiligen Veranstaltung eingeladen. Im Kreis 1 und 9 finden diese infolge weiterer geplanter Asylunterkünften statt.

Die SVP fordert den Stadtrat auf, keinen aktiven Abstimmungskampf zu machen. Stattdessen sollen den Mitbürger/-Innen transparente und zensurfreie Informationen zu akuten Sicherheitsfragen gegeben werden. Es sollen Strategien entwickelt werden, wie man die Sicherheit gewährleisten kann, will und wird. Dies ist bis anhin nicht richtungsweisend geschehen. Das bisherige Vorgehen des Stadtrats ist für die SVP nicht nachvollziehbar. Der Stadtrat hat keine Antworten.

Fehlende Sicherheitsstrategie. Intransparenz. Hohn mit aktivem Eingriff in den Wahlkampf. Das Volk hat

nun die Möglichkeit, eine Antwort zu geben. Mit einem JA zur Durchsetzungsinitiative und dem konsequenten Ausschaffen krimineller Ausländer. Opferschutz vor Täterschutz. So wie es der Volkswille schon einmal gefordert hat. Und im Sinne der inneren Sicherheit.

## G e s c h ä f t e

### 1601. 2016/17

**Weisung vom 13.01.2016:**

**Hochbaudepartement, Erlass eines Reglements über die Anlaufstelle in Bausachen (Helpline), Ausgabenbeschluss, Zusatzkredit**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 18. Januar 2016

### 1602. 2016/8

**Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Marco Denoth (SP) vom 06.01.2016: Fossil- und atomfreie Anlageentscheide für die Investitionen sämtlicher Anlagegefässe der Stadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Christoph Luchsinger (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

### 1603. 2015/242

**Weisung vom 08.07.2015:**

**Verkehrsbetriebe, Tramdepot Elisabethenstrasse, Instandsetzung, Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

Für die Massnahmen zur energetischen Sanierung des Tramdepots Elisabethenstrasse der Verkehrsbetriebe und zum Erstellen einer Fotovoltaik-Anlage auf dessen Dach wird ein Objektkredit von Fr. 9 986 000.–, einschliesslich Mehrwertsteuer, bewilligt (Preisstand 1. April 2015).

Referent zur Vorstellung der Weisung: Marco Denoth (SP)

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 1604. 2016/27

**Erklärung der FDP-Fraktion vom 20.01.2016:**

**Instandsetzung Tramdepot Elisabethenstrasse, Objektkredit**

Namens der FDP-Fraktion verliest Michael Schmid (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Auch (und insbesondere) auf dem Weg zur „2000-Watt-Gesellschaft“ muss Geld eine Rolle spielen

Es gibt bekanntlich zwei Gründe, warum sich eine Fraktion in einer Abstimmung enthalten möchte: Der eine mögliche Grund ist, dass man zu einem Geschäft keine klare Meinung hat, bzw. diese Meinung nicht deutlich sagen möchte. Der andere Grund ist sozusagen das genaue Gegenteil: In einem Geschäft stellen sich verschiedene Fragen, zu denen man sehr klare Positionen vertritt, aber diese lassen sich im konkreten Fall nicht mit einem „JA“ oder einem „NEIN“ zusammenfassen. Bei der Vorlage zur energetischen Sanierung des Tramdepots Elisabethenstrasse liegt für uns dieser zweite Fall vor.

Das Geschäft hat eine turbulente Vorgeschichte, deren wichtigste Etappen sich wie folgt zusammenfassen lassen:

Am 26. Januar 2011 beschloss der Stadtrat mit Beschluss 2011/94 einen Projektierungskredit in Höhe von 1,33 Millionen Franken. Für die Instandsetzung wurde damals mit Kosten von 13,3 Millionen Franken gerechnet.

Am 28. November 2012 fasste der Stadtrat einen neuen Beschluss (STRB 2012/1538) und ging nun von Gesamtkosten für die Sanierung von mindestens 29,7 Millionen Franken aus.

Kurz vor der Budgetdebatte 2013 machte der Tagesanzeiger diesen Beschluss publik. Gemeinderat Niklaus Scherr (AL) stellte in der Folge einen entsprechenden Streichungsantrag. Dieser wurde vom Gemeinderat mit 61 zu 62 Stimmen abgelehnt. Offensichtlich liess sich die hauchdünne Mehrheit des Gemeinderats von der stadträtlichen Argumentation überzeugen, dass gar keine wesentliche Entscheidungsfreiheit bestehe und somit gebundene Ausgaben vorlägen.

Mit Stadtratsbeschluss vom 30. Oktober 2013 (STRB 2013/995) bewilligte der Stadtrat gebundene Ausgaben in Höhe von 30,0 Millionen Franken für die Instandsetzung des Depots Elisabethenstrasse. Gegen diesen Beschluss erhob Gemeinderat Niklaus Scherr Stimmrechtsrekurs beim Bezirksrat, welcher diesen am 13. November 2014 im entscheidenden Punkt guthiess und den stadträtlichen Beschluss aufhob.

Der Bezirksrat stellte damals insbesondere Folgendes fest (Auszüge aus S. 16 f. und S. 22):

„Akzeptiert man, dass die finanziellen Ressourcen – auch in der Stadt Zürich – beschränkt sind und betrachtet man nicht nur ein einzelnes Projekt, dann besteht auch kein Widerspruch zwischen den Zielen [der 2000-Watt-Gesellschaft] und der Wirtschaftlichkeit von energetischen Massnahmen. Vielmehr geht es dann um die Frage, wie die beschränkten Mittel optimal eingesetzt werden, um ein Maximum an energetischer Wirkung zu erzielen.“

„Zusammenfassend ist Folgendes festzuhalten: Beim „Ob“ von energetischen Sanierungsmassnahmen dürfte zwar aufgrund der Vielzahl von rechtlichen Bestimmungen kaum je ein erheblicher Entscheidungsspielraum bestehen. Beim „Wie“ von energetischen Sanierungsmassnahmen kann dies jedoch im Einzelfall der Fall sein. Es ist nicht die alleinige Aufgabe des Stadtrates zu entscheiden, wie die Ziele von Art. 2ter GO (2000-Watt-Gesellschaft) konkret umgesetzt werden. Beim vorliegenden Sanierungsprojekt besteht angesichts der beträchtlichen Spannbreite von möglichen energetischen Sanierungsmassnahmen ein erheblicher Entscheidungsspielraum, der die Mitsprache des Gemeinderates [...] grundsätzlich rechtfertigt.“

Vor diesem Hintergrund beantragte der Stadtrat mit Beschluss vom 8. Juli 2015 dem Gemeinderat das heutige Geschäft (TOP 4, GR 2015/242). Dabei müssen wir leider feststellen, dass es der Stadtrat offenbar vollkommen verpasste, nochmals eine umfassende Variantenbeurteilung durchzuführen und mögliche Alternativen zu präsentieren, wie dies auf Grund des Bezirksratsentscheids angezeigt gewesen wäre. Stattdessen wurde unbeirrt am ursprünglich gewählten Konzept festgehalten, welches wie gezeigt in einer Verdoppelung der Kosten im Vergleich zu den ursprünglichen Berechnungen führen wird.

Aus Sicht der FDP-Fraktion muss der effiziente Mitteleinsatz auch (und insbesondere) auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft eine entscheidende Rolle spielen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang auch daran, dass die Nachhaltigkeit drei Dimensionen hat – eine wirtschaftliche, eine ökologische und eine soziale – und wir halten fest, dass wir – offenbar gemeinsam mit der AL-Fraktion – der Meinung sind, dass die wirtschaftliche und die soziale Dimension im Vergleich zur ökologischen in der jüngeren Vergangenheit in der Stadt Zürich häufig zu kurz gekommen sind. Das trifft auf diese Vorlage ganz besonders zu.

Wieso hat die FDP-Fraktion trotzdem entschieden, den Minderheitsantrag nicht zu unterstützen, sondern sich in der Abstimmung zu enthalten?

Der Sanierungsbedarf beim Tramdepot Elisabethenstrasse ist ausgewiesen, dringend und im Grundsatz von keiner Seite bestritten. Ob ein Verzicht auf die Detailpositionen, welche mit dem Minderheitsantrag zur Streichung beantragt sind, möglich und sinnvoll wäre, lässt sich in der zur Verfügung stehenden Zeit und mit den vorliegenden Informationen nicht abschliessend überprüfen. Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht falsch, nun exklusiv in Bezug auf das Tramdepot Elisabethenstrasse ein Exempel zu statuieren, welches unter Umständen erhebliche betriebliche Probleme und neue Folgekosten nach sich ziehen könnte.

**1603. 2015/242****Weisung vom 08.07.2015:****Verkehrsbetriebe, Tramdepot Elisabethenstrasse, Instandsetzung, Objektkredit**

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

## Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für die Massnahmen zur energetischen Sanierung des Tramdepots Elisabethenstrasse der Verkehrsbetriebe und zum Erstellen einer Fotovoltaik-Anlage auf dessen Dach wird ein Objektkredit von Fr. 4 496 537.–, einschliesslich Mehrwertsteuer, bewilligt (Preisstand 1. April 2015), der sich wie folgt zusammensetzt:

Kredit total	8 037 000
abzüglich Einbau Innenfassade	-4 416 600
Kredit ohne Einbau Innenfassade	<b>3 620 400</b>
Zuschlag Ungenauigkeit 5%	<b>181 020</b>
Zuschlag Unvorhergesehenes 10%	<b>362 040</b>
gekürzter Kredit ohne Mehrwertsteuer	<b>4 163 460</b>
Mehrwertsteuer 8%	<b>333 077</b>
Objektkredit inkl. MWST	<b>4 496 537</b>

Mehrheit: Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Referent; Stephan Iten (SVP), Gabriele Kisker (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Peter Schick (SVP), Reto Vogelbacher (CVP)

Minderheit: Andrea Leitner Verhoeven (AL), Referentin  
 Enthaltung: Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Michael Baumer (FDP), Patrick Hadi Huber (SP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP) i. V. von Heinz F. Steger (FDP), Marcel Tobler (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Abwesend: Marco Denoth (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 9 Stimmen zu.

## Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Michael Baumer (FDP), Patrick Hadi Huber (SP), Stephan Iten (SVP), Gabriele Kisker (Grüne), Dr. Christoph Luchsinger (FDP) i. V. von Heinz F. Steger (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Peter Schick (SVP), Marcel Tobler (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Reto Vogelbacher (CVP)

Minderheit: Andrea Leitner Verhoeven (AL), Referentin

Abwesend: Marco Denoth (SP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 122 gegen 0 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Massnahmen zur energetischen Sanierung des Tramdepots Elisabethenstrasse der Verkehrsbetriebe und zum Erstellen einer Fotovoltaik-Anlage auf dessen Dach wird ein Objektkredit von Fr. 9 986 000.–, einschliesslich Mehrwertsteuer, bewilligt (Preisstand 1. April 2015).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 27. Januar 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 26. Februar 2016)

**1605. 2015/384**

**Dringliches Postulat von Ezgi Akyol (AL), Linda Bär (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 02.12.2015:**

**Verbleib der Autonomen Schule Zürich (ASZ) in der Liegenschaft Sihlquai 125 bis zum Ende der Zwischennutzung durch die Stadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Ezgi Akyol (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1480/2015) und zieht es zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

**1606. 2015/355**

**Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Christine Seidler (SP) vom 11.11.2015:**

**Städtische Mütter- und Väterberatung, Erhöhung des Anteils an männlichem Personal**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1390/2015).

Roberto Bertozzi (SVP) begründet den von Martin Götzl (SVP) namens der SVP-Fraktion am 25. November 2015 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 68 gegen 52 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1607. 2015/356****Postulat von Hans Urs von Matt (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 11.11.2015:  
Ausserfamiliäre Betreuungseinrichtungen, Erhöhung des Anteils an männlichem  
Personal**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Hans Urs von Matt (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1391/2015).

Roberto Bertozzi (SVP) begründet den von Martin Götzl (SVP) namens der SVP-Fraktion am 25. November 2015 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 66 gegen 53 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**1608. 2016/28****Postulat von Hans Urs von Matt (SP), Christian Traber (CVP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 20.01.2016:  
Preis- und Förderbeiträge an Kulturschaffende, Ausrichtung von Beiträgen an die  
berufliche Vorsorge gemäss dem Kulturförderungsgesetz**

Von Hans Urs von Matt (SP), Christian Traber (CVP) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 20. Januar 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Kulturschaffende, die mit Preisen und Förderbeiträgen unterstützt werden, auch einen Beitrag für die berufliche Vorsorge erhalten. Es soll die Regelung vom Art. 9 des Kulturförderungsgesetz (KFG) sinngemäss angewendet werden.

Begründung:

Eine ausreichende Altersvorsorge liegt im Interesse der ganzen Gesellschaft. Mit der Einführung der erste Säule (AHV) und der zweiten Säule (berufliche Vorsorge) wurden wichtige Voraussetzungen zur Bekämpfung der Altersarmut geschaffen. Leider ist dieses System auf eine ununterbrochene hundertprozentige Arbeitsbiographie ausgerichtet. Für Menschen mit atypischen und unterbrochenen Erwerbseinkommen aber auch für selbstständig Erwerbende ist es oft schwierig, eine genügende Altersvorsorge zu äufnen. Darum sollen auf die von der Stadt Zürich ausgerichteten Preis- und Fördergelder Beiträge an die berufliche Vorsorge analog Art. 9 KFG ausbezahlt werden. Dafür sollen 12 Prozent vom Preis- oder Fördergeld an die Pensionskasse oder an die Säule 3a (gebundene Vorsorge) einbezahlt werden. Der Anteil von 12 Prozent wird je zur Hälfte von der Stadt Zürich und durch den Kulturschaffenden finanziert, wobei der jeweilige Budgetkredit insgesamt nicht erhöht werden darf.

Mitteilung an den Stadtrat

**1609. 2016/29****Postulat von Markus Merki (GLP) und Markus Baumann (GLP) vom 20.01.2016:  
Ersatzflächen bei Überbauungsprojekten von Familien- und Kleingartenarealen**

Von Markus Merki (GLP) und Markus Baumann (GLP) ist am 20. Januar 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, damit bei zukünftigen Überbauungsprojekten von Familien- und Kleingartenarealen bereits vor dem Vorlegen einer kreditschaffenden Weisung zu Händen des Gemeinderates, für einen adäquaten, quartierbezogenen Ersatz für die zu verlorengelassenen Flächen gesorgt ist.

Begründung:

In den vergangenen Jahren wurden über acht Hektaren Kleingartenareale aufgelöst und überbaut. Weitere 8.1ha werden bis im Jahr 2020 aufgehoben. Dem gegenüber steht bloss ein geplanter Zuwachs von 4.0ha.

Die Überbauung von Grünflächen steht diametral im Konflikt mit den Beteuerungen des Stadtrates, Grünflächen erhalten zu wollen. Bekanntlich sind variabel bepflanzte Grünflächen in dicht besiedelten Gebieten überaus wertvoll für den Erhalt der Biodiversität und im Sommer zur Kühlung und Erfrischung der Luft. Zudem sind Klein-, Familien- oder Gemeinschaftsgartenareale wertvolle soziokulturelle Gefüge, die einen grossen Beitrag zur Integration und Nachbarschaftlichkeit leisten.

Die zu schaffenden Ersatzflächen sollten den integrativen Benutzungscharakter von Familiengartenarealen aufnehmen, wobei auch andere Formen von Gartenarealen (z.B. Gemeinschaftsgärten, gartenähnliche Kleinpärke etc.) in die Ersatz- und Umsetzungsmöglichkeiten miteinbezogen werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**1610. 2016/30****Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP), Joe A. Manser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 20.01.2016:****Zertifizierung von Dienstabteilungen im Gesundheits- und Umweltdepartement, Übersicht über die durchgeführten und geplanten Zertifizierungen sowie über die zugrunde liegenden Normen und die damit verbundenen Kosten**

Von Elisabeth Schoch (FDP), Joe A. Manser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 20. Januar 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im GUD der Stadt Zürich sind verschiedene Dienstabteilungen zertifiziert, weitere sind scheinbar in Planung.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Dienstabteilungen oder Teile von Dienstabteilungen sind im GUD zertifiziert? Seit wann bestehen diese Zertifizierungen und in welcher Kadenz müssen diese erneuert werden.
2. Welche Dienstabteilungen oder Teile von Dienstabteilungen sollen in den nächsten Jahren zertifiziert werden? Bitte auflisten, welche Zertifizierungen geplant resp. bereits im Aufbau befindlich sind.
3. Bei welchen Abteilungen sind welche Zertifizierungen vorgeschrieben? Von welchen Instanzen sind diese vorgeschrieben?
4. Nach welchen Normen sind welche Abteilungen zertifiziert?
5. Welches sind die Zielsetzungen der jeweiligen Zertifizierung resp. welche Zusatzwerte sollen geschaffen werden?
6. Wie hoch sind die externen Kosten? (Bitte aufgeteilt für Berater und Zertifizierungsgesellschaft)
7. Wie hoch sind die internen Kosten (Anzahl Stunden oder CHF) für den Unterhalt der Qualitätssysteme (für Zertifizierungsaudit, Rezertifizierung, Aufrechterhaltungsaudit, Ausbildung, etc.)?

8. Wie viele Angebote von verschiedenen Zertifizierungsgesellschaften wurden und werden eingeholt? Welche Kriterien wurden für die Wahl der Zertifizierungsgesellschaft angewendet?

Mitteilung an den Stadtrat

**1611. 2016/31**

**Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 20.01.2016:  
Ausgaben im Bildungsbereich, Entwicklung der Ausgaben in der Stadt pro Schüler**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Stefan Urech (SVP) ist am 20. Januar 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Ein Blick auf die Ausgaben im Bildungsbereich zeigt: In den letzten Jahren wurde immer mehr Geld für die Bildung ausgegeben. Die Bildungsausgaben sind weit stärker gewachsen als die Zahl der Schüler. Ungeachtet dessen wurden vor Kurzem am sogenannten «Tag der Bildung» Dutzende von Schülerinnen und Schülern für den Protest gegen die angeblichen Sparmassnahmen instrumentalisiert.

Vor diesem Hintergrund ist es interessant zu erfahren, wie viel Geld in der Stadt Zürich in den Jahren 1999, 2004, 2009 und 2014 pro Schüler aufgewendet wurde (jeweils abzüglich der Investitionskosten).

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch sind die finanziellen Mittel, welche die Stadt Zürich für die Jahre 1999, 2004, 2009 und 2014 jeweils pro Primarschüler ausgegeben hat?
2. Wie hoch sind die finanziellen Mittel, welche die Stadt Zürich für die Jahre 1999, 2004, 2009 und 2014 jeweils pro Sekundarschüler ausgegeben hat?
3. Wie viele Primar- und Sekundarschüler (in absoluten Zahlen und in Prozent) haben in den Jahren 1999, 2004, 2009 und 2014 Sondermassnahmen erhalten?
4. Wie hoch sind die Kosten für diese Sondermassnahmen pro nachgefragtem Jahr?

Mitteilung an den Stadtrat

**1612. 2016/32**

**Schriftliche Anfrage von Roberto Bertozzi (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 20.01.2016:  
Ausschreitungen im Niederdorf in der Silvesternacht, Erkenntnisse zur Täterschaft sowie mögliche Massnahmen bezüglich eines effektiveren Vorgehens gegen Vandalen und zum Schutz der Polizei vor Gewalt**

Von Roberto Bertozzi (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) ist am 20. Januar 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Wie aus der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 01. Januar 2016 zu entnehmen ist, ist die Stadtpolizei Zürich in der Silvesternacht von einer Gruppe von Personen im Niederdorf äusserst brutal angegriffen und zwei Streifenwagen sind dabei massiv beschädigt worden.

Die Stadtpolizei wurde um 1:15 Uhr nachts aufgeboten, weil an der Preyergasse eine Telefonzelle brannte und gegen das Restaurant McDonalds Feuerwerk losgeschossen wurde. Dort trafen zwei Streifenwagenbesatzungen auf eine Gruppe von rund 50 Personen. Davon haben 10 bis 20 Personen sofort die Polizeibeamten tätlich angegriffen. Dabei sind Flaschen, Steine, Fahrräder und Feuerwerk eingesetzt worden. Aufgrund der massiven Gewaltbereitschaft und der grossen Anzahl der Angreifer mussten sich die Polizisten in Sicherheit bringen und Verstärkung anfordern. Daraufhin haben die Randalierer die zwei parkierten Streifenwagen massiv beschädigt. Die Situation konnte erst mit dem Eintreffen von Verstärkung unter Kontrolle gebracht werden. Den brutalen Angreifern gelang es leider, in der Menschenmenge unterzutauchen.

Später wurde bekannt, dass, ebenfalls in der Silvesternacht, in der Menschenmenge Diebstähle und sexuelle Übergriffe auf Frauen «von Männern mit dunkler Hautfarbe» und «arabischem Aussehen» begangen worden sind. Diese Schilderungen erinnern stark an die Vorfälle von Köln, wo sich «frisch eingereiste Asylbewerber» mit «arabischem oder nordafrikanischem» Aussehen versammelt und Frauen massiv sexuell

belästigt und bestohlen haben. Auch die Angreifer in Köln setzten, ebenfalls wie in Zürich, Feuerwerk gegen Menschen ein. Ein klares Muster ist erkennbar.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Besteht ein Zusammenhang zwischen den gewaltsamen Ereignissen im Niederdorf und den sexuellen Übergriffen und Diebstählen auf Frauen rund um das Seebecken? Wenn ja, inwiefern? Wenn nein, warum nicht?
2. Sollte gemäss dem Stadtrat zwischen der sexuellen Gewalt gegen Frauen am Seebecken und den Randalen im Niederdorf keine Verbindung bestehen: Wird vermutet, dass im Niederdorf Linksextreme die Täter waren? Ein Angriff auf das amerikanische Restaurant McDonalds würde in das linksextreme Tätermuster passen.
3. Konnten in der Zwischenzeit Verhaftungen im Zusammenhang mit den Ereignissen im Züricher Niederdorf durchgeführt werden? Wenn ja, wie viele? Wenn nein, warum nicht?
4. Konnten die Herkunft, Gruppenzugehörigkeit und Nationalität der Angreifer festgestellt werden? Wenn ja, woher und aus welcher sozialen Gruppe stammen die Angreifer, und wie setzt sich deren Nationalität zusammen? Wenn nein, warum nicht?
5. Genügt aus Sicht der öffentlichen Ordnung die heutige personelle Organisation der Stadtpolizei Zürich, um in Zukunft Gewaltexzesse, wie sie im Niederdorf in der Silvesternacht aufgetreten sind, effektiv zu begegnen und die Verursacher der Justiz zuzuführen? Wann ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
6. Welche strategischen Massnahmen müsste der Stadtrat treffen, um unsere Polizisten besser vor Gewalt zu schützen? Bitte um eine detaillierte Auflistung der zu treffenden Massnahmen.
7. Wie könnten in Zukunft die personellen Ressourcen effektiver genutzt werden, um besser gegen Vandalen vorgehen zu können, damit es zu Verhaftungen kommt?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

### **1613. 2014/147**

**RedK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Raphael Kobler (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2016**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 18. Januar 2016):

Claudia Simon (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

### **1614. 2015/319**

**Schriftliche Anfrage von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Michael Kraft (SP) vom 23.09.2015:  
Motivationssemester «Job Plus», Hintergründe zur möglichen Neuausrichtung des Programms**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 5 vom 6. Januar 2016).

**1615. 2015/330**

**Schriftliche Anfrage von Cordula Bieri (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 30.09.2015:**

**Wohnflächenbedarf in der Stadt, Angaben zur Entwicklung nach Personen, Haushalten und Eigentumsart der Wohnungen sowie zur Annahme einer Mindestwohnfläche pro Person**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2 vom 6. Januar 2016).

**1616. 2015/345**

**Schriftliche Anfrage von Severin Pflüger (FDP) und Claudia Simon (FDP) vom 28.10.2015:**

**Kennzahlen betreffend dem 3. Kindergartenjahr, Entwicklung der Zahlen in den Quartieren sowie mit Bezug auf die Demographie**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 4 vom 6. Januar 2016).

**1617. 2015/204**

**Weisung vom 24.06.2015:**

**Kultur, Verein Filmclub Xenix, Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. November 2015 ist am 1. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1618. 2015/206**

**Weisung vom 24.06.2015:**

**Kultur, Zürcher Filmstiftung, gestaffelte Erhöhung der Beiträge für 2016 und ab 2017**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. November 2015 ist am 1. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1619. 2015/208**

**Weisung vom 24.06.2015:**

**Kultur, Verein zur Förderung des Theaters an der Winkelwiese, Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. November 2015 ist am 1. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1620. 2015/209**

**Weisung vom 24.06.2015:  
Kultur, Verein Theater Stadelhofen, Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. November 2015 ist am 1. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1621. 2015/224**

**Weisung vom 01.07.2015:  
Kultur, Verein Theater Stok, Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. November 2015 ist am 1. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1622. 2015/230**

**Weisung vom 01.07.2015:  
Kultur, Verein sogar theater, Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. November 2015 ist am 1. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1623. 2015/205**

**Weisung vom 24.06.2015:  
Kultur, Verein Tanzhaus Zürich, Beiträge 2016–2018**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. November 2015 ist am 1. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1624. 2015/240**

**Weisung vom 08.07.2015:  
Kultur, «Verein Zürich tanzt», Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. November 2015 ist am 1. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1625. 2015/210**

**Weisung vom 24.06.2015:  
Kultur, Camerata Zürich, Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. November 2015 ist am 1. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1626. 2015/222**

**Weisung vom 01.07.2015:  
Kultur, Forum Alte Musik Zürich, Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. November 2015 ist am 1. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1627. 2015/223**

**Weisung vom 01.07.2015:  
Kultur, Zürcher Sängerknaben, Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. November 2015 ist am 1. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1628. 2015/278**

**Weisung vom 26.08.2015:  
Pro Senectute Kanton Zürich, Betriebsbeiträge 2016–2019 für den Treuhanddienst  
und die Rentenverwaltung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Dezember 2015 ist am 8. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1629. 2015/226**

**Weisung vom 01.07.2015:  
Kultur, Verein Zurich Jazz Orchestra, Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Dezember 2015 ist am 8. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1630. 2015/227**

**Weisung vom 01.07.2015:  
Kultur, Literaturhaus Zürich, Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Dezember 2015 ist am 8. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1631. 2015/229**

**Weisung vom 01.07.2015:  
Kultur, Schweizerisches Institut für Kinder- und Jugendmedien (SIKJM), Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Dezember 2015 ist am 8. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1632. 2015/228**

**Weisung vom 01.07.2015:  
Kultur, Verein Kunsthalle Zürich, Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Dezember 2015 ist am 8. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1633. 2015/207**

**Weisung vom 24.06.2015:  
Kultur, Stiftung Tram-Museum Zürich, Beiträge 2016–2019**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Dezember 2015 ist am 8. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1634. 2015/225**

**Weisung vom 01.07.2015:  
Kultur, Stiftung Mühlerama, Beiträge 2016–2019 und Objektkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Dezember 2015 ist am 8. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1635. 2015/255**

**Weisung vom 19.08.2015:  
Stadtentwicklung Zürich, Verein ZGF – Zürich Game Festival, Beitrag 2016**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Dezember 2015 ist am 8. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

**1636. 2014/79**

**Weisung vom 19.03.2014:  
Volksinitiative «Hafenkräne-Nein»**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Dezember 2015 ist am 8. Januar 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Januar 2016.

Nächste Sitzung: 27. Januar 2016, 17 Uhr.